



Die Kreditklemmen-Verhinderer verheddern sich

von Klaus F. Zimmermann*

Mit der Erholung der Wirtschaft weltweit verschieben sich die Aufgaben des Krisenmanagements der Politik: Vom Design der Finanzmarktarchitektur, dem Fluten der Geldmärkte und der Mobilisierung von Steuermitteln zur Konjunkturerholung hin zum Austrocknen der Liquiditätsseen bei den Banken bis zum Verhindern einer Verschuldungsspirale bei der öffentlichen Hand. Diese Verschuldung könnte nach einer möglicherweise nicht zu verhindernden Kreditklemme weltweit schließlich zu massiver Inflation führen.

Dieses Szenario geht so: Die Banken horten weltweit Liquidität, das ihnen die Zentralbanken angesichts der Krise quasi unbegrenzt zur Verfügung gestellt haben. Nur zögerlich nutzen sie es zur Kreditvergabe, die durch protektionistische Rückzüge der Banken aus ihrem internationalen Geschäft weiter geschwächt wird. Gleichzeitig tritt wegen der konjunkturbedingten Haushaltslöcher und der immensen Konjunkturpakete der Staat als massiver Nachfrager nach Krediten auf. Eine Kreditklemme droht, die den Aufschwung abbremsen kann. Das zwingt die Zentralbanken Amerikas und Englands bereits heute dazu, direkt Anleihen von Unternehmen und Staatspapiere zu kaufen. Die Europäische Zentralbank könnte schon bald folgen. Dieses „Gelddrucken“ bereitet langfristig den Boden für Inflation. Wenn der Staat gleichzeitig versucht, als Konkurrent der Unternehmen am Kapitalmarkt und als ihr Kreditgeber (wie angekündigt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau) aufzutreten, dann verwickelt er sich weiter in unauf lösbare konzeptionelle Widersprüche.

Die sich abzeichnende Staatsverschuldung ist gigantisch. Nach gegenwärtiger Rechnung ist in wenigen Jahren ein Anstieg der Verschuldungsquote von zuletzt gut 60 Prozent auf über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts möglich. Die bei Erholung der Konjunktur zu erwartenden steigenden Zinszahlungen werden die öffentlichen Haushalte erdrücken. Auch bei normaler Konjunktur wird mit strukturellen Defiziten von weit über 50 Milliarden Euro pro Jahr zu rechnen sein. Massive Steuererhöhungen sind deshalb mittelfristig nötig.

Für den Budgetausgleich wird gleich in welchem Szenario spätestens ab 2011 drastisch gespart werden müssen. Das wird dort nötig sein, wo es frei zugreifbare Mittel gibt, ganz gleich ob das sinnvoll ist. Die bittere Realität wird also bedeuten, dass eher bei Hochschulen und Kindergärten als bei überflüssigem Personal und Subventionen gespart wird. Da ist es allemal besser zu hinterfragen, ob nicht bei sich rasch erholender Konjunktur auf einen Teil der Konjunkturprogramme verzichtet werden kann. Viele Maßnahmen waren konzeptionslos zusammengeschustert, der Gutteil ist noch nicht einmal auf den Weg gebracht. Der Bundesfinanzminister fordert deshalb die internationale Vereinbarung von Ausstiegskriterien aus den Konjunkturprogrammen. Recht hat er und er verdient dafür nachhaltige Unterstützung.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.